



Solidarität mit den Opfern des Erdbebens in der Türkei und Syrien

Angenommen durch das UNI Europa-Präsidium am 15. Februar 2023

Eines der schwersten Erdbeben im türkisch-syrischen Grenzgebiet hat am 6. Februar verheerende Schäden hinterlassen. Schätzungsweise 27 Millionen Menschen, die in der Region leben, sind direkt betroffen, und viele Tausende haben ihr Leben verloren.

Das Erdbeben trifft eine Region, die Strukturell ohnehin benachteiligt ist. Krieg, hohe Inflation und Vertreibung haben die Region in den letzten Jahren schwer getroffen. Wir beklagen den Verlust von mindestens 33.000 Menschenleben im Zusammenhang mit dem Erdbeben und sprechen den vielen anderen, die verletzt wurden oder ihr Zuhause verloren haben, unser Beileid aus. UNI Europa spricht allen Menschen in der Türkiye und in Syrien unsere Solidarität aus.

Wir sind stolz auf die rasche Reaktion der türkischen Gewerkschaftsbewegung bei der Bereitstellung von Hilfe und Unterkünften für die Bedürftigen. Wir begrüßen die praktische Solidarität der Gewerkschaften und der Betriebe in ganz Europa, die sich an den Hilfs- und Wiederaufbaubemühungen beteiligen, insbesondere durch die Sammlung von Kleidung und anderen Gütern für die Katastrophenregion. Wir rufen die Mitgliedsorganisationen auf, diese Bemühungen fortzusetzen und sich ihnen anzuschließen. Wir appellieren an sie, an den UNI-Solidaritätsfonds zu spenden, um die Hilfsmaßnahmen zu unterstützen.

Wir begrüßen auch die Maßnahmen vieler Unternehmen in unseren Sektoren, die schnell Geld gespendet und ihre Infrastruktur zur Verfügung gestellt haben, um die Hilfs- und Entlastungsmaßnahmen zu unterstützen, oft in Zusammenarbeit mit ihren Belegschaften und Gewerkschaften. Gemeinsames Handeln zeigt die Stärke des sozialen Dialogs in einer solchen Situation; dies muss fortgesetzt werden, und wir fordern andere Unternehmen auf, einen solchen Ansatz auch zu verfolgen.

Wir rufen dazu auf, alle Feindseligkeiten in der Region einzustellen, solange die humanitären Bemühungen andauern.

Die Menschen in der betroffenen Region haben eine lange Geschichte der Migration in den Rest des europäischen Kontinents, von den ersten Gastarbeitern bis zur jüngsten Migration syrischer Flüchtlinge. Die aus der Türkei stammenden Beschäftigte sind eine der größten Gruppen innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung. Auf dem gesamten europäischen Kontinent war die Gewerkschaftsbewegung ein zentraler Pfeiler bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge im Jahr 2015 und half ihnen insbesondere bei der Integration in den Arbeitsmarkt.

Das Erdbeben betrifft unsere türkisch- und syrischstämmigen Gewerkschaftskollegen in anderen Teilen Europas. In den sozialen Medien kursieren Videos von Beschäftigten, die am Arbeitsplatz zusammenbrechen, weil sie nicht wissen, ob ihre Familien tot oder lebendig sind. Es gibt zahlreiche Berichte über Arbeitsunfälle aufgrund von psychosozialem Stress.

Die Gewerkschaften können eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, das Management für die Gesundheits- und Sicherheitsrisiken zu sensibilisieren, die das Erdbeben und die Folgen für die Belegschaft mit sich gebracht haben. Die Beschäftigten sollten die Möglichkeit haben, Pausen oder Unterbrechungen einzulegen, wenn sie das Gefühl haben, dass sie die Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht mehr einhalten können. Sie sollten zusätzlichen Urlaub erhalten, damit sie in die Katastrophenregion reisen können, um sich um ihre Familien zu kümmern, die Toten zu beerdigen und bei den Rettungsarbeiten zu helfen.

Wir fordern die Unternehmen auf, solche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit ihren Gewerkschaften umzusetzen.

Wir rufen die Europäische Union und die nationalen Regierungen auf, die Hilfsmaßnahmen und den anschließenden Wiederaufbau in der betroffenen Region finanziell zu unterstützen. Die Hilfe muss alle Betroffenen erreichen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Die Mittel müssen die Einhaltung der gewerkschaftlichen und sozialen Rechte sowie der demokratischen Grundsätze sicherstellen und verbessern. Frieden und Dialog müssen im Mittelpunkt der Wiederaufbaubemühungen stehen.